Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46ster Jahrgang.



№ 72.

1848.

Ratibor, Sonnabend den 9. September.

Die deutsche Frage.*)

Zu meiner größten Betrübniß habe ich die Aufregung wahrgenommen, die sich eines großen Theils meiner theuern Mitbürger bemächtigt hat. Der vorzeitig veröffentlichte Entwurf eines Capitels der Reichsverfassung und die gleichzeitige Aufforderung des Reichs=Kriegsministers haben eine Wirkung hervorgebracht, welche so viel gewaltiger ist, als ihre Ursache, daß man dießmal zu glauben versucht sein könnte, die Maus habe einen Berg geboren. Es ist Ihnen gewiß schon längst bekannt, daß jener Entwurf nichts weiter ist, als ein von drei Mitgliedern des Verfassungs=Ausschusses ausgearbeiteter Leitfaden für die Berathungen dieses Ausschusses, der, wie ich höre, bereits einen Theil jener, ihm vorgelegten Bestimmungen beseitigt hat. Und hätte selbst die Mehrheit des Verfassungs=Ausschusses den Entwurf angenommen, so hat die National=Versammlung wohl durch ihr bisheriges Verhalten bewiesen, daß sie sich an die ihr vorgelegten Ausschuß=Anträge nicht eben sclavisch gebunden hält. Ueber den Erlaß des Kriegsministers ist die öffentliche Stimme wohl nunmehr hinlänglich aufgeklärt. Ungeschickt in der Form, verlangt er doch nichts weiter, als was er zu verlangen eben so berechtigt, als verpflichtet war — die Bekanntmachung der Wahl des Erzherzogs an das Heer und von Seiten desselben ein Zeichen der Ehrerbietung und Anerkennung. Der Ausdruck „Huldigung" ist mehr im gesellschaftlichen, als im staatsrechtlichen Sinn gebraucht — ein Sprachgebrauch, der allerdings in einer Staatsschrift nicht gebilligt werden kann. Daß die Männer, die an der Spitze unserer Regierung stehen, den richtigen Sinn herausfinden und den feierlichen Act demgemäß anordnen werden, darüber hege ich nicht den mindesten Zweifel, und es wird nur darauf ankommen, daß man in Berlin nicht durch eigensinniges Beharren auf einem Mißverständniß die so nothwendige Verständigung hintertreibe, daß man den Kopf oben und die Augen offen erhalte, um nicht in blindem Eifer Freund und Feind zu verwechseln.

Meinen Sie etwa, verehrter Freund, daß mir das Herz für die Größe und Ehre Preußens weniger warm schlägt, als jenen Wühlern und Stürmern, die unser großes Einigungswerk untergraben und bei gelegener Zeit in die Luft sprengen zu können meinen? Wenn Nante fragt — und die Frage zeigt von seinem gesunden Verstande — wofür der olle Fritz gelebt hat, so bin ich mir's in der Paulskirche wie im Kölnischen Rathhause bewußt, wofür nicht allein der große König, sondern auch der große Kurfürst, wofür das preußische Volk seit zwei Jahrhunderten gelebt hat, sei jenen zwei Jahrhunderten der deutschen Schmach, in deren Verlauf der Vaterlandsfreund nur auf den Blättern der preußischen Geschichte mit Stolz und Beruhigung verweilen mag. Können wir uns leugnen, daß Deutschland von der Klippe, an der Polen scheiterte, nicht allzufern war? Zwei Mächte, die Tüchtigkeit seines Bürgerstandes und die aufstrebende Größe Preußens, haben Deutschland nicht allein von diesem

*) Da viele unserer Leser die Berliner Zeitungen, in denen das obige, von dem Frankfurter Deputirten für Berlin, Dr. Veit, an den Berliner Stadtverordneten=Vorsteher gerichtete Schreiben abgedruckt ist, nicht erhalten, theilen wir dasselbe, das die vorliegende wichtige Frage von einem unbefangenen Standpunkte ausführlich bespricht und einen gewiß guten Eindruck hervorbringen wird, hier vollständig mit. D. R.

Abgrund errettet, sie haben es in diesem Augenblick auf eine Höhe gestellt, auf der es sich so gewiß erhalten wird, als es gewiß ist, daß äußere und innere Feinde ihm diese Stellung mißgönnen. Mitten in der Auflösung des Reichs, von dem, Jahrzehnde vor seinem Ende, gesungen wurde:

Das liebe heilige römische Reich,
Wie hält's nur noch zusammen?

mitten in der unseligen Zersplitterung der deutschen Territorien erwuchs in dem Genie des großen Churfürsten der Gedanke, einen kräftigen deutschen Bundesstaat zu organisiren, der die schmählich vergessenen Pflichten der deutschen Gesammtheit auf die eigenen Schultern zu übernehmen und zunächst sich selbst zu kräftigen habe, um seinem großen Berufe gewachsen zu sein. Dies ist der kurze Inhalt der preußischen Geschichte, und wenn mich die Mißgunst auf böse Flecken hinweiset, so ist nicht zu vergessen, daß Völker, wie einzelne Menschen, schwache Stunden haben, wo sie von ihrem bessern Genius verlassen scheinen; wenn aber die Kraft, sich zu ermannen, von einem unversieglichen Lebensquell Zeugniß giebt, so hat Preußen diese Tugend mit vielen großen und edlen Menschen gemein: es hat sich um so herrlicher und öfter bewährt, als ein zeitweises Versinken in traumähnliche Erschlaffung fast ein Gesetz seiner Lebensentwickelung gewesen zu sein scheint.

(Beschluß folgt in der nächsten Nummer.)

Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Ratibor den 6. September. Ordner Herr Justiz-Rath Klapper. Dr. Wichura beginnt mit der politischen Rundschau. Er faßt zunächst die gegenwärtigen Verhandlungen der Berliner National-Versammlung ins Auge. Vor etwa 4 Wochen bereits habe das Ministerium, insbesondere der Kriegs-Minister von Schreckenstein auf den Beschluß der Versammlung veranlaßt, versprochen, dahin zu wirken, daß auch im Militair und besonders im Offizier-Corps der Sinn für die neue constitutionelle Verfassung des Vaterlandes immer mehr Eingang finde, es sei jedoch bisher nichts in dieser Hinsicht geschehen, ja das Ministerium scheine von der Erfüllung jenes Versprechens sich jetzt entbinden zu wollen, er (der Redner) könne dies nur tadelnswerth finden, da das Ministerium jedenfalls, wenn es jenem Beschlusse der Versammlung nicht genügen könne oder wolle, abtreten müsse. Er schlägt vor, deshalb ein Mißtrauens-Votum an die Minister zu erlassen. Dr. v. d. Decken meint dagegen, die Nationalversammlung habe nicht Befehle zu ertheilen, welche von dem Ministerium schlechterdings sofort befolgt werden müßten, Vereinbarung der Verfassung mit dem Könige sei ihr Zweck, man könne die Minister deshalb nicht aus ihrer Stellung verdrängen wollen, weil sie abweichende Ansichten hegen, wenn dieß nicht klar und unwiderleglich in ihren Handlungen hervortritt. v. Wichura replicirt hierauf, da die Majorität der Versammlung für jene Ansicht gestimmt und die Minister darauf eingegangen seien, so habe ihnen auch die Pflicht obgelegen, in diesem Sinne zu handeln. v. Tepper behauptet, die Nationalversammlung sei nicht competent, darüber ein Urtheil abzugeben, ob der Kriegsminister in diesem Sinne gehandelt, über Gedanken habe Niemand zu richten, auch stimme er bei, daß die Versammlung in Berlin die Aufgabe habe, die Verfassung zu vereinbaren, und diesen Zweck haben sie allein zu verfolgen. Die Frage in Betreff eines Mißtrauensvotum an die Minister wird hierauf verneint. v. Wichura fährt in seinem Berichte weiter fort. Er spricht über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark und tadelt die Bedingungen, unter welchen er geschlossen worden. Besonders sei die Frist von 7 Monaten für Deutschland eine unglückliche, da hierdurch die Zeit verloren gehe, in welcher die deutschen Heere über das Eis ins Herz des feindlichen Landes rücken könnten. v. d. Decken erwiedert, daß grade die Frist von 7 Monaten groß genug sei, damit die Frage über die deutsche Einheit zur Entscheidung komme, komme kein einiges Deutschland zu Stande, so sei es Schade um jeden Tropfen deutschen Blutes, und die Entscheidung sei dann gleichgültig. Erhalten wir unterdessen ein einiges Deutschland, dann werde dieses eine so imposante Stellung einnehmen, daß der Krieg ohne Zweifel zu einem glorreichen Ende geführt werde, wenn er auch erst in 7 Monaten wieder beginne. Zudem habe der Zug eines Heeres über das Eis ins Herz von Dänemark manche strategische Bedenken gegen sich. v. Klapper schließt sich dieser Ansicht an, und meint, ein Waffenstillstand von 7 Monaten sei als eine Einleitung zum Frieden anzusehen. Man habe sicher gute Gründe gehabt, eine so weite Frist zu bestimmen, unterdessen werde Deutschland wahrscheinlich statt der jetzigen provisorischen Centralgewalt eine definitive besitzen, und die Verwickelungen mit Frankreich und andern Staaten würden unterdessen gelöset sein. v. Wichura fährt in seinem Berichte fort, und findet es tadelnswerth, daß die Bürgerwehr unter den Minister des Innern gestellt worden, während sie doch den Zweck habe, die errungene Freiheit zu schützen, auch werde der Eid, der dem Könige und der Verfassung zu leisten sei, bei vielen Anstoß finden. v. d. Decken und von Tepper treten dieser Ansicht entgegen, letzterer meint, daß die Bürgerwehr doch zu einem Ressort gehören müsse und dieß könne nur der Minister des Innern sein, und wenn man es tadelnswerth finde, daß der Minister befugt sei, die Wirksamkeit der Bürgerwehr zeitweise zu suspendiren, so müsse man bedenken, daß dieser Fall nur da eintreten werde, wo die Bürgerwehr sich in Angelegenheiten der Gemeindeordnung oder Justiz einmische. Was den Eid anlange, so beziehe sich dieser ja auf den constitutionellen König, wo-

durch sich jeder scheinbare Widerspruch von selbst beseitige. Klapper tritt dieser Ansicht bei, erläutert den Sinn des Eides, und zeigt, daß derselbe nur zur Treue gegen den constitutionellen König so lange, als sich dieser in den vom Gesetze vorgeschriebenen Grenzen als exekutive Gewalt bewege, verpflichte.

Wichura verliest hierauf das am 28. August von der Nationalversammlung angenommene Gesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit, die deutsche Habeas corpus-Akte, erwähnte kurz der gegenwärtigen Zustände Ungarns und Croatiens, Italiens und der Wallachei und weiset endlich auf die Verhandlungen der Nationalversammlung in Wien hin, wo gegenwärtig in Folge des Redlichschen Antrages die wichtigsten Beschlüsse, rücksichtlich der Erbunterthänigkeit und der Lasten, die auf dem Boden ruhen, gefaßt worden sind. Klapper lobt diese Beschlüsse, und hält es für gerecht, daß die persönlichen Lasten aufhören, die Reallasten aber gegen billige Entschädigung abgelöst werden. Hierauf spricht Direktor Mehlhorn über die Schulfrage. Er meint, der Grundsatz der Freiheit des Unterrichtes, wonach jeder unterrichten dürfe, könne nur nachtheilig wirken, und auch das Amendement, daß Fähigkeit und Sittlichkeit von demjenigen, der als Lehrer auftreten wolle, nachgewiesen werden müßten, genüge nicht. Es müsse vielmehr, um Mißbrauch zu verhüten, jeder Lehrer eine Staatsprüfung bestehen. Die Versammlung solle daher in diesem Sinne ihr Votum an den schlesischen constitutionellen Centralverein richten.

Heide erklärt sich dagegen, da die Schulfrage selbst in den Vorberathungen noch nicht zur Reife gediehen sei, um darin ein bestimmtes Votum abgeben zu können. Auch Dr. v. d. Decken ist gegen den Antrag und begründet seine Ansicht dadurch, daß er zu zeigen sucht, wie die jetzigen Schulen keineswegs das seien, was sie sein sollten. Schon der Befehl, daß das Kind nach vollendetem 5 Jahre die Schule besuchen solle, sei zu tadeln, noch mehr der Unterricht selber, der gegenwärtig mehr ein Abrichten und Dressiren zu bestimmten Zwecken, als eine freie Entwickelung des Menschengeistes und seiner Anlagen genannt werden müsse. Grade hier sei die größt-möglichste Freiheit wünschenswerth. Mehlhorn verwahrt sich dagegen und sagt unter andern, daß die Männer in Frankfurt und Berlin doch wohl ein Zeugniß dafür ablegten, daß unsere Schulen nicht jene Dressiranstalten seien, denn sie seien in unsern Schulen gebildet worden.

Hierauf giebt Oberlehrer Klapper aus Aachen ein Bild des Zustandes der Schulen im westlichen Deutschland, und spricht sich mit Gründen für allgemeine Unterrichtsfreiheit aus. Der Staat müsse allerdings Volksschulen haben, in welchen der nöthige Unterricht unentgeltlich ertheilt werde, aber neben diesen mögen immerhin Privatschulen bestehen, in diese werde Niemand seine Kinder schicken, wenn des Lehrers Fähigkeit nicht erprobt sei, diese Fähigkeit aber erprobe sich durch die Praxis. Er zeigte hierauf, wie der Preuß. Staat um das Schulwesen in der Rheinprovinz sich große Verdienste erworben, wie aber auch jetzt noch besondere Reformen wünschenswerth seien. Besonders sei der Unterricht in den Naturwissenschaften bisher sehr mangelhaft gewesen, weil es an geeigneten Lehrern hierzu gefehlt habe – hierin müsse eine Verbesserung eintreten, auch müsse der Unterricht in den lebenden Sprachen, besonders in der französischen umfassender betrieben werden.

Zum Schlusse zeigte Heide die Eingänge aus Frankfurt an, und theilte mit, daß sich die dortige Reichsversammlung gegenwärtig durch eine Reihe von Sitzungen mit der Frage über die Religionsfreiheit beschäftige, und daß dieser Gegenstand dort von den verschiedensten Standpunkten aus behandelt werde. Auf den Wunsch der Versammlung las er die Rede des Abgeordneten Zittel über diesen Gegenstand. Nach 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Der Vorstand.

Lokales.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Im Monat September 1848 liefern nach den Selbst-Taxen

Semmel für 6 Pf.:	Bäckermeister Palitza	9¼ Lth.
	Besta, Bedronka, Friedländer, Gawenda, Kaluscha, Konsalik, Skirhut, Schlepitzka, Tlach, Thies, Zwierzina	9 —
	Mohr	8½ —
	Borzutzky, Oppawsky	8 —
	Pohl	7 —
Erste Sorte Brod für 2 Sgr.	Bäckermeister Bedronka	2 ℔ 10 Lth.
	Palitza	2 — 9 —
	Tlach	2 — 6 —
	Konsalik, Zwierzina	2 — 4 —
	Mohr	2 — 3 —
	Oppawsky	2 — 2 —
	Besta, Borzutzky, Gawenda, Thies	2 — „ —
	Kaluscha, Skirhut, Schlepitzka	1 — 30 —
	Pohl	1 — 28 —
Mittel-Brod für 2 Sgr.	Bäckermeister Friedländer	3 — „ —
	Oppawsky	2 — 22 —
	Zwierzina	2 — 15 —

	Borzutzky, Kaluscha, Skirhut	2 ℔ 12 Lth.
	Vesta, Gawenda, Tlach	2 — 8 —
	Mohr	2 — 7 —
Schwarz-Brod für 2 Sgr.	Bäckermeister Thies	4 — = —
	Schlepitzka	3 — 18 —
	Gawenda	3 — 16 —

Das ℔ Rindfleisch verkaufen sämmtliche Fleischer mit 3 Sgr. = ₰.
= Fesser und Anton Lorenz mit 2 — 9 —
= Schweinefleisch mit 5 — = —
= = abgelöset mit 4 — = —
= Schöpsenfleisch mit 3 — = —
= Kalbfleisch mit 3, 2½, 2 und 1½ Sgr.

Ratibor den 5. September 1848.

Der Magistrat. (Polizei-Verwaltung.)

Polizeiliche Nachrichten.

Am 22. v. Mts. ist an dem Hospital in der Odervorstadt ein brauner sogenannter Gorallen-Mantel gefunden und im hiesigen Polizei-Büreau abgegeben worden.

Nachweis.

Im Monat August d. J. fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt.

Es wurden befördert:

7015 Personen für	3349 Rtlr.	15 Sgr.	= ₰.
Gepäck für	265 —	1 —	9 —
Hunde für	7 —	2 —	6 —
Pferde und andere Thiere für	180 —	20 —	= —
Equipagen für	25 —	20 —	= —
19870 Ct. Fracht für	2258 —	14 —	10 —
Gesammt-Einnahme	6086 Rtlr.	14 Sgr.	1 ₰.

Markt-Preis der Stadt Ratibor vom 7. September 1848:

Weizen: der Preuß. Scheffel 1 rtlr. 17 sgr. 6 pf. bis 2 rtlr. = sgr. = pf.
Roggen: der Preuß. Scheffel 1 rtlr. 5 sgr. = pf. bis 1 rtlr. 12 sgr. 6 pf.
Gerste: der Preuß. Scheffel = rtlr. 22 sgr. 6 pf. bis = rtlr. 25 sgr. = pf.
Erbsen: der Preuß. Scheffel 1 rtlr. 2 sgr. 6 pf. bis 1 rtlr. 7 sgr. 6 pf.
Hafer: der Preuß. Scheffel = rtlr. 14 sgr. 6 pf. bis = rtlr. 16 sgr. 6 pf.
Stroh: das Schock 2 rtlr. 15 sgr. bis 2 rtlr. 20 sgr.
Heu: der Centner = rtlr. 12 sgr. bis = rtlr. 15 sgr.
Butter: das Quart: 12 bis 14 sgr.
Eier 5—6 für 1 sgr.

Verlegt und redigirt unter Verantwortlichkeit der Hirt'schen Buchhandlung in Ratibor.

Druck von Bögner's Erben

Allgemeiner Anzeiger.

Bekanntmachung.

Die Benutzung des hiesigen **Schießhauses** sammt Garten-Acker soll auf 3 oder mehrere Jahre vom 1. Oktober d. J. ab, an den Meist- und Best-Bietenden verpachtet werden. Hierzu steht am 13. Septbr. c. Nachm. 4 Uhr Termin in unserem Commissions-Zimmer an, und können Pachtlustige die nähern Bedingungen, während der Amtsstunden, in unserer Registratur erfahren.

Ratibor den 29. August 1848.

Der Magistrat.

Auktion.

In Folge Auftrages des hiesigen Königlichen Land- und Stadtgerichts werde ich

den 22. September d. J. V. M. 9 Uhr

in dem auf der neuen Gasse hierselbst belegenen Sterbehause der unverehelichten Ulrike Stöckel mehrere Nachlaßeffecten, als Meubles — worunter ein Mahagoniflügel — und Betten an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung öffentlich verkaufen.

Hierzu lade ich Kauflustige ein.

Ratibor den 6. September 1848.

Gaiewski,
Actuarius.

Verkauf.

In den Werdern des Dominii Preußisch-Oderberg sind circa 800 Schock Reifenstöcke zu billigem Preise zu verkaufen.

So eben ist erschienen und durch die **Hirt'sche Buchhandlung** in **Ratibor** zu beziehen:

Deutscher
Volks-Kalender
für
1849.
Mit Beiträgen von
Fr. Gerstäcker, Franz Hoffmann, C. v. Holtei. Dr. H. Kletke, Max Ring, W. Scharenberg, J. Stein, K. F. W. Wander ꝛc.
5. Jahrgang.
Mit 8 Stahlstichen.
(Breslau, Verlag von Ed. Trewendt.)
Preis: 12½ Sgr.

So eben ist erschienen und durch die **Hirt'sche Buchhandlung** in **Ratibor** zu beziehen:

Kalender
für
Juristen, Kaufleute, Oekonomen und sonstige Geschäftsmänner
auf
das Jahr 1849
nebst
dem alt-preußischen, rheinländischen und Hamburger Wechselrechte.

Herausgegeben von
Ferdinand Fischer,
Justiz-Kommissar.

(Verlag von Trowitzsch & Sohn in Frankfurt a. d. O.)

Preis: 22½ Sgr.